



MANAGERKREIS DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG

MAGAZIN *aktuell*

Inhalt

1 | 2015

IM INTERVIEW:

Athanasios Titonis, technischer Geschäftsführer Flughafen Köln/Bonn

Der Flughafen Köln/Bonn boomt – Expressfracht, Nachtflug und Low-Cost-Konzepte machen es möglich. Das stellt besondere Anforderungen an den Lärmschutz.

..... 2

Wenn der Nachwuchs fehlt

Die Schule muss mehr für Technik sensibilisieren und begeistern – besonders auch Mädchen, fordert Andrea Kunwald von der Initiative „MINT Zukunft schaffen“.



..... 4

Frisch gewählt: Vorstand im Managerkreis Rhein-Main

Florian Gerster wurde als Vorsitzender und Sprecher im Amt bestätigt.

..... 5

Mitteldeutschland ist auf einem guten Weg

25 Jahre nach dem Mauerfall hinkt die ostdeutsche Wirtschaft dem Westen noch immer hinterher. Doch der Osten ist auch Avantgarde, etwa beim Umgang mit dem demografischen Wandel.

..... 6

Zukunftsperspektiven für Metropolen

Thomas Geisel, Oberbürgermeister von Düsseldorf, sprach in einem Hintergrundgespräch über die Perspektiven der Landeshauptstadt.

..... 7

2015 gibt Anlass zur Hoffnung, aber nicht zum Jubeln

ZWE-Chef Clemens Fuest wagt eine Prognose für das Wirtschaftsjahr 2015.

..... 8

Hohe Qualität und hohe Löhne schließen sich nicht aus

Auf dem Neujahrsempfang des Managerkreises erinnerte Claus Schmiedel an die sozialen Ideen des schwäbischen Ur-Unternehmers Robert Bosch.

..... 9

Filmindustrie im digitalen Zeitalter

Der Wechsel von analog zu digital hat die Filmbranche verändert. Live-Streaming ist einer der neuen Trends, die herkömmliche Geschäftsmodelle in Frage stellen.

..... 10

Mehr Wohnungsbau, aber bitte nachhaltig

Das wirksamste Instrument gegen steigende Mieten ist der Neubau. Nachhaltig und bezahlbar muss dieser aber sein.

..... 11

Europa und Sachsen-Anhalt

Der Europaabgeordnete von Sachsen-Anhalt Arne Lietz diskutierte in einem Hintergrundgespräch über europäische Förderpolitik, TTIP und Energiesicherheit.

..... 12

Fakten und Sachlichkeit statt Streit um Chlorhähnchen

Die Verhandlungen über TTIP sollen Ende des Jahres beendet sein. Was kann das Abkommen tatsächlich leisten? Welche Versprechungen kann es halten?

..... 13

Die Gesprächskanäle offenhalten

Der Osteuropaexperte Gernot Eler hält Russland-Sanktionen für erforderlich, da Putin die europäische Friedensordnung gefährde.

..... 15

Publikationen des Managerkreises

Der Managerkreis startete eine Fachgesprächsreihe, die sich mit den Herausforderungen des industriellen Wandels hin zu „Industrie 4.0“ befasst.

..... 16

Literaturhinweise

..... 17

Terminvorschau

..... 18

Im Interview: **Athanasios Titonis** technischer Geschäftsführer Flughafen Köln/Bonn

Der zweitgrößte Flughafen in NRW ist auf Erfolgskurs: Im vergangenen Jahr konnte er seine Passagierzahlen steigern. Auch das Frachtaufkommen nahm zu. Wir sprachen mit dem technischen Geschäftsführer Athanasios Titonis über das Erfolgsrezept, Lärm-schutzmaßnahmen und die Zukunft von Köln/Bonn. Der Politologe ist seit Juni 2011 im Amt, nachdem er zuvor drei Jahre lang den Geschäftsbereich Betrieb und Verkehr der Flughafengesellschaft geleitet hatte.



Wie kommt man als Politologe zur Luftfahrt?

Ich war auf einem technischen Gymnasium und habe anschließend Politikwissenschaften studiert. Während meines Studiums habe ich als Check-in Agent bei der damaligen LTU gejobbt. Später kam das Angebot, als Stationsleiter zu starten. Das war eine Riesenchance, die ich sehr gern ergriffen habe. Das habe ich schließlich drei Jahre lang gemacht. Wir waren ein richtig gutes Team und die bestfunktionierende Station der LTU. So hat das alles angefangen.

NRW will Logistik-Drehscheibe für Europa werden. Welche Rolle spielt dabei der Flughafen Köln/Bonn?

Der Flughafen ist ein wichtiger Impulsgeber für die Wirtschaft. Aus einer Studie des Bundesverbandes der Deutschen Luftverkehrswirtschaft geht hervor, dass 83 Prozent der Unternehmen ihre Direktinvestitionen in unmittelbarer Nähe von Flughäfen tätigen. 57 Prozent würden nicht in einen Standort

ohne Flughafenanbindung investieren. Außerdem sind wir ein Jobgarant. Der Flughafen Köln/Bonn gehört zu den größten Arbeitgebern der Region. Wir beschäftigen etwa 13.500 Mitarbeiter, 6.000 von ihnen arbeiten nachts. Sie sorgen dafür, dass die stark exportorientierten Unternehmen der Region ihre Waren weltweit und schnell verschicken können. Welche Probleme es für die Wirtschaft bedeutet, wenn die Luftfahrt ins Stocken gerät, haben wir vor vier Jahren gesehen: Damals hat der Ausbruch des Vulkans Eyjafjallajökull in Island die europäische Luftfahrt für eine Woche lahmgelegt, der Export ist um 6,4 Prozent eingebrochen.

UPS hat im vergangenen Jahr die Kapazität der Sortierhalle deutlich erweitert. DHL hat sein Engagement in Köln verstärkt. Was macht den Flughafen als Frachtzentrum so attraktiv?

Unser entscheidender Vorteil ist, dass wir 7 Tage die Woche 24 Stunden in

Betrieb sind. Wir sind kein Frachtflughafen im klassischen Sinne, sondern ein Express-Frachtflughafen. Die Logistik-Unternehmen, die hier angesiedelt sind, versenden ihre Waren binnen 24 Stunden rund um den Globus. Dafür brauchen sie den sogenannten Nachtsprung. Zwischen 23.00 und 02.30 Uhr erfolgt der Umschlag der Pakete, Päckchen und anderer Güter, die dann nach Asien oder Amerika rausgehen. Dieses globale Expressgeschäft braucht die Nacht. Aber wir profitieren neben dem 24-Stunden-Betrieb auch von unserer günstigen geografischen Lage und unserer ausgezeichneten Infrastrukturanbindung: Der Flughafen Köln/Bonn liegt im Zentrum Europas und ist sehr gut an das Eisen- und Autobahnnetz angebunden.

Das Jahr 2014 war auch in Sachen Passagierzahlen für Köln/Bonn ein gutes Jahr. Sie haben mehr Reisen gezählt als noch in 2013. Was ist das Erfolgsrezept?

Wir haben uns vor einiger Zeit entschieden, ein Low-Cost-Flughafen zu sein. Ich glaube, dass sich ein Flughafen mit innereuropäischen Zielen heutzutage im Low-Cost-Segment bewegen muss. Praktisch alle Airlines, die auf Europastrecken gewinnbringend agieren, sind Low-Cost-Airlines. Die strategische Entscheidung, auf Low-Cost zu setzen, haben wir bereits vor zwölf Jahren getroffen. Damals sind in Köln/Bonn die ersten Low-Coster zu innereuropäischen Zielen abgehoben. Heute leben wir den Low-Cost-Gedanken weiter, künftig auch als Hubflughafen auf der Langstrecke.

Apropos Langstrecke: Seit November 2014 hat Köln/Bonn mit Kuba wieder ein Langstreckenziel. Concorde fliegt nach Varadero. Ab Ende 2015 wird die Lufthansa-Tochter Eurowings Interkontinentalverbindungen ab Köln anbieten. Was bedeutet das für den Flughafen?

Bei der Eurowings handelt es sich um ein ganz neues Produkt, das unser Geschäftsfeld total verändern wird. Von der Erweiterung unseres Low-Cost-Konzeptes auf die Langstrecke versprechen wir uns ein kräftiges Wachstum. In der Luftfahrt heißt es immer: Verkehr zieht Verkehr an. Und wir rechnen mit weiteren Interessenten, die das Potenzial an unserem Flughafen sehen. Wir haben die große Chance, uns von einem Point-to-Point-Flughafen zu einem Hub für Low-Cost-Langstreckenverbindungen zu entwickeln. Das hat es so noch nicht gegeben. Gemeinsam mit unserem Kunden, der Lufthansa, werden wir in Köln/Bonn mit der Eurowings ein komplett neues Produkt anbieten. Das birgt ein unglaubliches Potenzial für die Zukunft des Flughafens.

Ist der Flughafen technisch auf die neuen Angebote vorbereitet?

Wir sind sehr gut vorbereitet. Wir verfügen bereits über moderne Terminals und haben aktuell ein Projekt auf den

Weg gebracht, die erforderliche Infrastruktur nachhaltig sicherzustellen. Wenn nötig, werden wir die existente Infrastruktur anpassen.

Reichen die Verkehrsverbindungen und die Parkplätze für die zusätzlichen Passagiere aus?

Die Bahnanbindung mit unserem Flughafenbahnhof unmittelbar zwischen den Terminals und unser Parkplatangebot sind erstklassig. Zusätzlich werden wir Ende des Jahres einen Fernbus-

bühnenordnung, nach der Nachtflüge grundsätzlich wesentlich teurer sind als Tagflüge. Es gibt Tag- und Nachtstarife, hohe Lärmzuschläge für lautere Frachtmaschinen und Gebührenrabatte für moderne, leisere Flugzeuge. Das hat dazu geführt, dass Flugbewegungen lauterer Frachtflugzeuge, etwa der MD11, deutlich zurückgegangen sind. Was immer technisch machbar und sinnvoll ist, setzen wir um. Dazu haben wir auch eine Machbarkeitsstudie beim Deutschen Zen-

“Der Flughafen Köln/Bonn liegt im Zentrum Europas.“

terminal eröffnen. Passagiere können dann für wenig Geld mit dem Fernbus nach Köln/Bonn kommen, um auf Low-Cost-Langstreckenflüge zu gehen. Das ist ein weiterer, ganz wichtiger Baustein auf unserem Weg zum intermodalen Verkehrsdrehkreuz der Zukunft.

Die Kehrseite dieser positiven Entwicklung ist der Lärm. Müssen sich die Bürger auf mehr Fluglärm einstellen?

An einem Flughafen ist Fluglärm nicht zu vermeiden. Gleichzeitig ist es für uns selbstverständlich, unsere Anwohner immer weiter zu entlasten. Wir haben in den letzten Jahren 85 Millionen Euro in den passiven Schallschutz für Wohngebäude investiert und setzen seit Jahrzehnten unser umfangreiches Lärminderungskonzept um, das sowohl aktive als auch passive Schallschutzmaßnahmen beinhaltet. Zu den aktiven Maßnahmen gehören zum Beispiel lärmindernde Anflugverfahren. Wir waren einer der ersten Flughäfen, die das leisere Sinkflugverfahren, die sogenannte Continuous Descent Operation, eingeführt hat. Ein weiteres wichtiges Steuerungsinstrument zur Verminderung von Fluglärm ist unsere Ge-

trum für Luft- und Raumfahrt und der RWTH Aachen in Auftrag gegeben.

Die Luftfahrt steht wirtschaftlich enorm unter Druck. Viele Bürger machen sich Sorgen, dass am Lärmschutz gespart wird. Was sagen Sie denen? Sind Sie im Dialog mit der Bevölkerung?

Die Nachbarn vor Fluglärm zu schützen, hat bei uns eine sehr hohe Priorität. Wir nehmen die Sorgen unserer Anwohner sehr ernst und stehen in ständigem Dialog, zum Beispiel in der Fluglärmkommission. Information und Transparenz sind uns dabei besonders wichtig. Und wir dürfen die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholen: Vor zwanzig Jahren wurden Siedlungen in der Nähe des Flughafens entwickelt und gebaut, wo die Menschen heute unter Fluglärm leiden. Darum ist für uns die Siedlungsentwicklung ein weiteres wichtiges Thema.

Wann sind die Grenzen des Wachstums in Köln/Bonn erreicht?

Wir haben noch viel Potenzial. Unsere Passagierterminals sind auf 14 Millionen ausgerichtet. Wir sind jetzt knapp unter 10 Millionen, insofern ist da noch viel Luft nach oben.



Wenn der Nachwuchs fehlt

Der Engpass an naturwissenschaftlich-technisch qualifizierten Fachkräften ist die Achillesferse der deutschen Wirtschaft. Schülerinnen und Schüler sollten daher so früh wie möglich für MINT – also Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik – begeistert werden. Von Andrea Kunwald

Deutschland hat bis heute viele große Erfinderinnen und Erfinder hervorgebracht: Robert Bosch, Nikolaus Otto und Konrad Zuse gehören genauso dazu wie Melitta Bentz, Erfinderin des Kaffeefilters. Heute hängen der Wohlstand unseres Landes und die Finanzierung der Sozialsysteme von unserer Fähigkeit ab, qualitativ hochwertige Produkte zu entwickeln. Doch der Technologiestandort Deutschland hat Probleme: Es fehlt an Nachwuchs, der mit innovativen Erfindungen und Ideen zu Wachstum und Wohlstand beiträgt. Der

Grund: Durch die demografische Entwicklung und strukturelle Veränderung der Berufswelt hin zu wissensintensiven Dienstleistungsberufen wird der Mangel an qualifizierten MINT-Fachkräften deutlich spürbar. Er liegt aktuell bei fehlenden 132.100 Fachkräften (Quelle: IW Köln) sowohl in akademischen als auch in nicht-akademischen Berufen.

Langlebige und entwicklungsintensive Wirtschaftsgüter bestimmen diesen Trend mit. Dieser Engpass an naturwissenschaftlich-technisch qualifizierten

Fachkräften ist die Achillesferse der deutschen Wirtschaft. Es resultieren daraus hohe Wachstums- und Wohlstandsverluste. Man rechnet pro fehlender MINT-Fachkraft mit einem volkswirtschaftlichen Ausfall von 230.000 Euro. Eine gute Ausbildung von Technikern, Ingenieuren und Naturwissenschaftlern, männlich wie weiblich, muss daher noch tiefer in das Zentrum aller Anstrengungen rücken, wenn wir unser hohes Wohlstandsniveau in einer globalisierten Welt langfristig erhalten wollen.



„MINT Zukunft schaffen“ – die gemeinnützige Bildungsinitiative der deutschen Wirtschaft - ist ein Informations- und Kommunikationsnetzwerk, das die Kräfte aller Initiativen und Aktivitäten pro MINT bündelt und so Synergien erschließt. Auf diese Weise soll ein entscheidender Beitrag geleistet werden, junge Menschen, besonders auch Mädchen, für MINT zu begeistern, ganz gleich, ob in einem qualifizierten Ausbildungsberuf oder mit einem Studienabschluss. Mit 15.000 MINT-Botschaftern und Botschafterinnen, rund 15.000 Initiativen auf dieser Plattform und einem Netzwerk, das annähernd 500.000 Personen umfasst, wird das Projekt gezielt unterstützt. Junges wie Mädchen soll das Bewusstsein für ihre individuellen Talente, Wege und Entwicklungsperspektiven in den MINT-Fächern vermittelt werden: Nur wer seine Chancen kennt, kann sie auch nutzen.

Fatal ist es, dass junge Frauen immer noch mangels zielführender Ermutigung durch Eltern, Lehrer_innen und Berater_innen nur wenige technische Berufe aus den mehr als 344 vorhandenen Ausbildungsberufen auswählen. Bei den Ingenieursstudiengängen zeigt sich das gleiche Bild. An dieser Stelle machen wir als Gesellschaft nach wie vor Fehler, die sich im Leben der jungen Menschen negativ auswirken. Es wird noch zu viel in alten Schienen gedacht und gehandelt. Doch es gibt viele neue, zielführende Wege. Hier stellen

wir zwei von den 15.000 Initiativen vor, jeweils eine aus dem östlichen und eine aus dem westlichen Teil Deutschlands:

„EnterTechnik“ eröffnet jungen Frauen neue Berufschancen in chancenreichen und auch gut bezahlten technischen Berufen in der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg. Das Technische Jahr für junge Frauen zeigt Wirkung: 80% der Teilnehmerinnen im Durchgang entscheiden sich für einen technischen Berufsweg. Vor allem die Dualen Ausbildungs- und Studiengänge bei den Kooperationsunternehmen sind gefragt.

Für Schulabsolventinnen besteht die Möglichkeit, 12 Monate lang verschiedene technische Berufs- und Studiemöglichkeiten kennen zu lernen – von der Mechatronikerin bis zur Mikrotechnologin oder Fachinformatikerin. Jede Teilnehmerin kann aus den beteiligten technologie-orientierten Unternehmen bis zu sechs Stationen auswählen. Vom Industrie-Konzern über kommunale und mittelständische Unternehmen sind Berliner und Brandenburger Firmen unterschiedlicher Branchen vertreten.

Im Bayrischen Raum engagiert sich „TFK-Technik für Kinder“, ein Verein, der in seinem rund 4-jährigen Wirken etwa 14.000 Kinder an fast 4.000 Veranstaltungstagen für MINT begeistert hat. 164 Schulen von Klasse 4-6 wurden im Projekt „SET – Schüler entdecken Technik“ unterstützt. Auch Daniel Düsentrieb Junior hat bei TFK seine Wirkungsstätte gefunden: Jungen Technikfreaks wird an vier Standorten eine gemeinsame Plattform geboten. Es darf frei experimentiert werden – mit Holz, Metall, Kunststoff-Robotern und Mobile Devices.

Weitere Informationen unter www.mintzukunft.de

Die Autorin Andrea Kunwald leitet die Presse und Öffentlichkeitsarbeit von „MINT Zukunft schaffen“. Seit 2007 ist sie Mitglied im Managerkreis.

Frisch gewählt: Vorstand im Managerkreis Rhein-Main

Am 10. März 2015 wurde bei der jährlichen Mitgliederversammlung des Managerkreises Rhein-Main der Vorstand für die nächsten zwei Jahre gewählt. Der Berater und frühere Staatsminister Florian Gerster wurde dabei als Vorsitzender und Sprecher im Amt bestätigt. Auch seine bisherigen Stellvertreter Jürgen Struwe, Hochschullehrer und Inhaber der Struwe-Beratung, sowie Carlo Velten, CEO des IT-Research- und Beratungsunternehmens Crisp Research AG, wurden im Amt bestätigt. Als weitere Stellvertreterin wurde erstmals Silke Hillesheim, Leiterin der Programmplanung beim SWR, gewählt. Die erfahrene Journalistin war bereits langjährig aktiv im Vorstand des Managerkreises Rhein-Main tätig.

Auch die weiteren Vorstandsmitglieder Asmus Angerkort, Fresenius Medical Care, Wilhelm Bender, Wirtschaftsinitiative FrankfurtRheinMain, Steve Janata, Crisp Research AG und Petra Rossbrey, Gesellschaft für Cleaning Services, wurden in ihrem Amt bestätigt.

Neu aufgenommen wurden: André Kavai, Geschäftsführer des Rhein-Main-Verkehrsverbunds, Elisabeth Vogelheim, Leiterin Personal der Skoda Auto Deutschland GmbH sowie der Berater Walter Hoffmann.

Mitteldeutschland ist auf einem guten Weg

25 Jahre nach dem Mauerfall haben sich der Lebensstandard und die Wirtschaftsleistung in Ostdeutschland positiv entwickelt. Dank großflächiger Modernisierung sind die neuen Bundesländer konkurrenzfähig geworden. Und doch gibt es gerade im gesamtdeutschen Vergleich noch strukturelle Defizite: Lohn- und Rentenniveau sowie Wirtschaftskraft zeigen deutlichen Aufholbedarf.

Mit dem Auslaufen des Solidarpaktes II im Jahre 2019 steht eine Neuordnung des Länderfinanzausgleichs bevor. Auf Einladung des Managerkreises Mitteldeutschland diskutierten am 10. Dezember 2014 in Leipzig die Teilnehmenden des Podiums „Perspektiven für die Wirtschaft in Mitteldeutschland“ darüber, welche Anreize in Zukunft für Investitionen in Ostdeutschland gesetzt werden können. Zu Gast waren die Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie sowie Ost- und Mittelstandsbeauftragte der Bundesregierung Iris Gleicke, der Geschäftsführer des Büros für strategische Beratung Uwe Hitschfeld, der Sprecher der Geschäftsführung der Städtischen Werke in Magdeburg Helmut Herdt und der Geschäftsführer der Landesentwicklungsgesellschaft Thüringen Frank Krätzschar. Die Moderation übernahm der Wirtschaftsjournalist im MDR-Fernsehen Wolfgang Brinkschulte.

Gleich zu Beginn unterstrich Iris Gleicke, wie wichtig die Förderung innovativer Unternehmensstrukturen, die Bereitstellung von Investitionspotenzial und eine fortschreitende Internationalisierung seien. Dafür müsse vor allem die schwindende Fachkräftebasis ausgebaut werden. Die gut ausgestatteten Hochschulen sowie liebevoll sanierten und lebenswerten Städte leisten dafür schon heute ihren Beitrag, so Iris Gleicke. Viele junge Studienabgänger_innen sehen deshalb ihre berufliche Zukunft

im Osten – eine Beobachtung, die Frank Krätzschar anhand des positiven Wanderungssaldos in Thüringen durchaus bestätigen konnte. Helmut Herdt ging in diesem Zusammenhang auf das starke Stadt-Land-Gefälle ein: Während die Metropolen wachsen und vom Ausbau der Universitäten profitieren, fehle es im ländlichen Raum weitgehend noch an technischer Infrastruktur. Daraus entstünden sich selbst beschleunigende Effekte, so Herdt, denn je länger solche Modernisierungsmaßnahmen aufgeschoben werden, desto teurer würden sie letztlich auch werden.

Während Thüringen auch in Zukunft in die Forschung investieren wolle, dürfe dabei der privatwirtschaftliche Sektor nicht vernachlässigt werden, erklärte Frank Krätzschar. Die Unternehmen sollen „Speck ansetzen“ und wachsen, damit sie auch im internationalen Wettbewerb bestehen können. Dafür müssen auch regionale Besonderheiten in die Gleichung einbezogen werden, wie Iris Gleicke deutlich machte. Bezogen auf Ostdeutschland bedeute dies, dass viele mittelständische Unternehmen von Zukunftsängsten geplagt seien. Dies zeige sich in einer spürbaren Investi-



tionszurückhaltung. Die Unternehmen expandierten wenig, sodass man es in Mitteldeutschland immer noch mit einer kleinteiligen Wirtschaftsstruktur zu tun habe. Gleicke beschrieb, dass sich kleine Unternehmen daher gerne zusammenschließen, um gemeinsam am internationalen Markt zu partizipieren. Die so entstandenen Cluster ermöglichen den Firmen neue Produktionszweige und Vertriebsmöglichkeiten.

Hemut Herdt und Uwe Hitschfeld betonten außerdem, dass der ostdeutsche Wirtschaftsraum insbesondere durch die Energiewende herausgefordert sei. Während konventionelle Kraftwerke nach wie vor profitabel arbeiteten, seien

die erneuerbaren Energien für Investierende nur bedingt attraktiv. So müssten vor allem die Verbraucher_innen für die Kosten aufkommen. Folglich sind im Osten Deutschlands die Stromabgaben am höchsten, obgleich die Stromnetze in einem maroden Zustand sind. Für Uwe Hitschfeld war der Präzedenzfall des Energiekonzerns E.ON in diesem Zusammenhang besorgniserregend. Noch ließen sich die Folgen der Abspaltung der fossilen Energieversorgung nicht vollständig bewerten. Dennoch müsse man sich Gedanken machen, was passiere, wenn die Garantie der Versorgungssicherheit plötzlich in den Händen von Investmentbankern und Hedgefonds liege.

Zum Abschluss der Runde wurde auch die Bedeutung sogenannter weicher Standortfaktoren diskutiert: Auch kulturelle Angebote, Kinderbetreuungsplätze und die medizinische Versorgung können die Wirtschaftsansiedelung beeinflussen. Weil die Zusammenarbeit der Bundesländer immer wieder zu kreativen Lösungen geführt habe, die alle Bevölkerungsschichten in ein funktionierendes Wirtschaftssystem integriere, sieht Iris Gleicke Mitteldeutschland auf einem guten Weg. „Ostdeutschland ist Avantgarde; hier können die Leute Veränderung“, lautete ihr emphatisches Schlusswort zu einer lebhaften Diskussion.

Zukunftsperspektiven für Metropolen

Städte sind seit jeher Spiegelbild und Kristallisationspunkte gesellschaftlicher Entwicklungen. Die Mehrheit der Bevölkerung lebt in Städten – auch in NRW. Die Menschen suchen dort Wohnraum, Arbeit, soziale Beziehungen, Kultur und ein breites Angebot an öffentlicher Infrastruktur.

Welche Aufgaben können die Städte und Gemeinden überhaupt noch stemmen? Wie kann verhindert werden, dass die Schere zwischen Reich und Arm in den Städten immer deutlicher zu Tage tritt? Wie können die Kommunen ein starker Partner für die Wirtschaft werden?

Thomas Geisel, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf, berichtete am 21. Januar 2015 in einem Hintergrundgespräch des Managerkreises NRW von seinen Erfahrungen in einer boomenden Metropole wie Düsseldorf und betonte, dass es dort insbesondere darauf ankomme, alle Menschen am Aufschwung der Stadt teilhaben zu lassen und den sozialen Ausgleich nicht aus dem Blick zu verlieren. Die interkommunale Zusammenarbeit sei angesichts der zu bewältigenden Aufgaben wichtig,

um alle Entwicklungsmöglichkeiten der Stadt auszuschöpfen. Die Wirtschaft benötige dringend Arbeitskräfte und diese seien auf bezahlbaren Wohnraum angewiesen. Schaffung von neuen Wohnungen sei daher nicht nur eine soziale

Frage, sondern auch eine der wirtschaftlichen Prosperität.

Die etwa 50 Gäste diskutierten angeregt über die Perspektiven Düsseldorfs und legten ihre prioritären „Baustellen“ der Zukunft dar.



2015 gibt Anlass zur Hoffnung, aber nicht zum Jubeln

Der Managerkreis Rhein-Main warf gemeinsam mit dem Präsidenten des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung Clemens Fuest einen Ausblick auf das Wirtschaftsjahr 2015. Fuest leitet in Mannheim nicht nur eine der größten Denkfabriken in Deutschland, sondern auch einen Think Tank für Europa. Er zählt zu den wenigen Ökonomen, die in Deutschland wirtschaftspolitische Debatten antreiben und in Berlin Gehör finden.

Florian Gerster, der Vorsitzende des Managerkreises Rhein-Main, sprach die einleitenden Worte der Diskussion und stellte fest: „Dieser Mann gehört unzweifelhaft zu den führenden deutschen Volkswirten und Politikberatern.“ Mit sympathischem Understatement eröffnete Clemens Fuest daraufhin die Jahresauftaktveranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Für das Jahr 2015 werde mit einem Wachstum von 1 bis 1,5 Prozent gerechnet. Bis 2016 könne eine Steigerung bis zu 2 Prozent erzielt werden. „Danach wird es zu einem Rückgang kommen“, prognostizierte der 46-Jäh-

rige. „Derzeit befindet sich Deutschland in einer demografischen Pause. Die Babyboom-Generation ist auf dem Höhepunkt ihrer Kreativität angelangt.“ Dies seien solide Fundamentdaten. Allerdings wachse der Export in Zukunft schneller als die Wirtschaft. „Das ist mit erheblichen weltwirtschaftlichen Risiken verbunden“, so Fuest.

Der Ökonom diskutierte auch die Frage, ob der Verfall des Ölpreises Fluch oder Segen bedeute. Da sich der Preis in kürzester Zeit halbiert habe, sei dies für die Eurozone und Deutschland ein Segen. „Die Gefahr besteht in der

Destabilisierung Russlands.“ Die anhaltende Entwicklung habe katastrophale Auswirkungen auf die russische Wirtschaft. Dass das Land in Zukunft friedfertiger werde, hält er für wenig wahrscheinlich.

Die Krise war nie weg, sie hat sich gewandelt.

Der Chef des ZEW ist Euroverteidiger. Als renommierter liberaler Ökonom hat er in Deutschland die Rolle übernommen, für den Fortbestand der Eurozone zu werben. Vor rund 100 Gästen des Managerkreises Rhein-Main stellte er die Frage, ob die Krise zurückkehrt. Sein Fazit: „Sie war nie weg, sondern hat sich gewandelt“. Die Eurozone stehe vor zwei Herausforderungen: Sie müsse die Wirtschaftskrise überwinden und einen stabilen institutionellen Rahmen schaffen. Dabei gehe es um die Fragen, wer über die Entschuldung entscheide und wer hafte.

„Europa läuft Gefahr von Bürokraten regiert zu werden.“

Keineswegs sei die Zentralbank legitimiert, die Rolle der Ersatzregierung zu übernehmen. „Europa läuft Gefahr von Bürokraten regiert zu werden“, so die Warnung des intellektuellen Denkers. „Die Entscheidungsträger in der EZB



Clemens Fuest

und in der EU haben sicher die besten Absichten, aber sie sind keine gewählten Volksvertreter.“ Demokratisch gewählte Parlamente und Regierungen dürften sich nicht hinter der EZB verstecken. „Ich hege Zweifel an der Idee des langsamen Abstotterns“, betonte Fuest. Die Krise könne nicht durch das Bereitstellen von Liquidität und dem Spiel auf Zeit gelöst werden. Er forderte, Griechenland erst dann entgegenzukommen, wenn es seine Zusagen einhält. Ein Schuldenerlass sei ein gravierender Fehler. Einen Austritt Griechenlands aus der Eurozone hält Clemens Fuest für eher unwahrscheinlich. Auch Alexis Tsipras müsse Gespräche mit den Eurostaaten suchen. Ob der Euro auseinanderfällt, werde nicht von Griechenland abhängen, sondern von Ländern wie Italien und Spanien.

Zinswende wird für Turbulenzen sorgen.

Darüber hinaus thematisierte der Finanzwissenschaftler, ob die Zinswende in den USA kommt. Seine Prognose: Die FED werde die Wende hinauszögern, soweit es geht, aber sie werde zu 95 Prozent in diesem Jahr kommen. „Das wird für Turbulenzen sorgen“. Der Chef des ZEW ist sich sicher, dass die europäischen Banken keinen Zinsanstieg aushalten. „Die Entscheidung ist mit erheblichen Risiken für die Anleihemärkte verbunden.“ In Amerika dürfte sich die Wirtschaft in Richtung Vollauslastung entwickeln: Beschäftigung, Inflation und steigende Zinsen. In der Eurozone stagniert die Wirtschaft.

In seinem Wirtschaftsausblick für 2015 zeichnete Clemens Fuest ein differenziertes Bild: Das Jahr 2015 gebe Anlass zur Hoffnung. Grund zum Jubeln gebe es nicht. Die größte aktuelle Herausforderung für die deutsche und europäische Politik, sei der Umgang mit dem Schuldenüberhang und der Wachstumschwäche in der Eurozone.

In der anschließenden Diskussion ging es u.a. um eine Bilanz der schwarz-roten Koalition nach einjähriger Amtszeit. Für den Spitzenökonom ist das erste Jahr zwar kein verlorenes Jahr. Jedoch konzentriere sich die Bundesregierung zu sehr auf das Umverteilen. Für den Arbeitsmarkt sei das riskant. Die Große Koalition müsse sich verstärkt darum kümmern, wie der Wohlstand dauerhaft erhalten und vermehrt werden könne.

Hohe Qualität und hohe Löhne schließen sich nicht aus

Mit seiner hohen Wirtschaftskraft und Innovationsfähigkeit, einem starken Mittelstand und guten Arbeitsbedingungen verfügt Baden-Württemberg grundsätzlich über wichtige Erfolgsfaktoren. Diese müssen jedoch weiterentwickelt und an die Herausforderungen unserer Zeit angepasst werden.

Mehr als 150 geladene Gäste waren der Einladung zum diesjährigen Neujahrsempfang des Managerkreises Baden-Württemberg am 21. Januar 2015 nach Stuttgart gefolgt. Eröffnet wurde der Abend von dem Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion Claus Schmiedel, der in seiner Rede zum Thema „Erfolgreiche Wirtschaft durch gute Arbeit“ den Stellenwert der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ins Zentrum sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik stellte.

Qualifikation und Motivation seien die entscheidenden Erfolgsfaktoren für innovative und produktive Un-

ternehmen. Neben der praxisnahen Ausbildung trage die Absicherung der Beschäftigten maßgeblich zur Produktivitätssteigerung bei. Dazu zählen eine entsprechende Entlohnung, Arbeitsplatzsicherheit, aber auch die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Gerade Baden-Württemberg, kürzlich erst wieder zur innovativsten Region Europas ausgezeichnet, zeige, dass sich hohe Qualität und hohe Löhne nicht ausschließen, sich eher sogar bedingten. Frei nach dem Motto Robert Boschs: „Ich bin reich, weil ich hohe Löhne zahle“, profitiere die deutsche Wirtschaft ganz erheblich von zufriede-

nen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Eine moderne Wirtschaftspolitik umfasst daher weit mehr, als reine Unternehmens- und Standortförderung. Die Verzahnung mit der Bildungs- und Familienpolitik, aber auch eine moderne Einwanderungs- und Integrationspolitik haben hohen Einfluss auf den wirtschaftlichen Erfolg einer Region bzw. Gesellschaft. Am Beispiel der aktuellen Einwanderungsdebatte vor dem Hintergrund des demografischen Wandels zeigt sich besonders deutlich, dass Gesellschaftspolitik immer auch zentraler Bestandteil von Wirtschaftspolitik sein muss.

Filmindustrie im digitalen Zeitalter

Der zweite Business Lunch für Frauen befasste sich mit der Filmindustrie in Baden-Württemberg. Neben dem klassischen Wettbewerb um Fördergelder hat auch diese Branche mit der Digitalisierung zu kämpfen, weniger in der Produktion, denn in Vertrieb und Verwertung. Produktpiraterie und Streaming-Dienste, Video-on-Demand Plattformen und internationale Verträge stellen neue Herausforderungen an die Wirtschaftlichkeit von Film- und Fernsehprodukten.

„Die Filmindustrie ist eine Art Blaupause für die zukünftigen Entwicklungen in der Industrie“, so Managerkreis-Vorstandsmitglied Dagmar Bornemann zur Eröffnung des zweiten Business-Lunches für Frauen am 4. Februar 2015 in Stuttgart. „Die in der Filmindustrie erfolgte Wandlung von großen und vertikal integrierten Konzernen hin zu flexiblen Netzwerken, die sich Produktionsstrukturen und Mitarbeiter on demand anmieten, wird beispielhaft für viele andere Industriezweige im Zuge der Digitalisierung sein.“ Damit sprach Bornemann, selbst Unternehmerin im Bereich VFX (Visual-Effects)-Software, das zentrale Thema an, das letztes Jahr auch im gesellschaftlichen Diskurs angekommen ist: die digitale Transformation und ihre Auswirkungen auf die Arbeitswelt im weitesten Sinne.

Mit Nicole Ackermann als Gast, konnte der Managerkreis erneut eine renommierte Expertin für seine wirtschaftspolitische Gesprächsreihe nur für Frauen begrüßen. Sie ist Geschäftsführerin einer Filmproduktions- und Vertriebsgesellschaft und darüber hinaus Vorstandsmitglied der Women in Film and Television Germany. Als Vertreterin einer



Branche, die sich schon länger im Wandel befindet, beschrieb Nicole Ackermann anschaulich das Nebeneinander alter und neuer Geschäftsmodelle. Filmförderung als besondere Form der Wirtschafts- und Standortförderung ist beispielsweise eher stark von nationalen und regionalen Interessen geprägt und strebt eine möglichst lange Verwertungskette - von Kino über DVD zur Pay- und dann Free-TV-Vermarktung - an. Neue Digitalplattformen wie iTunes und Amazon Prime, bei denen einzelne Filme gekauft und direkt heruntergeladen werden können, und Streamingdienste wie Watchever oder Netflix, die einem Flatrate-Modell folgen, streben jedoch eine möglichst schnelle Verwertung an. Dabei können diese neuen Anbieter

durch ihre Marktmacht eigene Preisvorgaben machen, die einem völlig anderen Geschäftsmodell folgen - mit noch schwer abzuschätzenden Folgen für die Produktionsgesellschaften und ihren Kostenkalkulationen.

Die Medienkonvergenz und Auflösung der alten Branchen- und Berufsgrenzen schafft jedoch auch viele Möglichkeiten für neue Anbieter oder Nischenprodukte.

Gerade Letztgenannte können durch die digitalen Vertriebswege neue Finanzierungsformen wie Crowdfunding, Special-Interest-Gruppen besser bedienen. Das stellt allerdings Filmschaffende wie auch Produzierende vor neue Herausforderungen. Neben ihren klassischen Fähigkeiten müssen sie nun auch Social Media Expert_innen werden, sich intensiv um ihre Communities und Investoren kümmern. Umso wichtiger ist es, sich nicht zu verzetteln und für eine kluge Verzahnung aller Tätigkeiten zu sorgen. Denn im zunehmenden Wettbewerb ist Spezialwissen gefragt, das aber durch neue Kompetenzen ergänzt werden muss. Eine integrierende Geschäfts- und Personalstrategie ist demnach unverzichtbar für den Wettbewerb, der immer stärker durch technische und informationelle Entwicklungen geprägt ist.



Mehr Wohnungsbau, aber bitte nachhaltig

In Deutschland wird dringend mehr bezahlbarer Wohnraum benötigt. Rund 240.000 Wohnungen wurden im Jahr 2014 fertiggestellt – nicht genug. Um dem Bedarf an Wohnraum gerecht zu werden, bräuchte man jährlich 250.000 bis 300.000 neue Wohnungseinheiten. Doch mehr Bautätigkeit ist nicht genug: Klimaerwärmung, Ressourcenknappheit und demografischer Wandel erfordern zukunftsweisende Konzepte in der Bau- und Immobilienwirtschaft.

Jeder Bundesbürger beansprucht im Durchschnitt 45 Quadratmeter Wohnraum für sich – mit Tendenz nach oben. „Es stimmt nicht mehr, dass alle jungen Familien ein Einfamilienhaus auf dem Land wollen“. Oft bleiben sie in den Städten wohnen“, sagte Barbara Hendricks, Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit und ergänzte: „Wir müssen mehr Wohnbautätigkeit erreichen, um auch in Zukunft bezahlbaren Wohnraum zu haben.“ Doch gerade in den Großstädten steigen die Preise teils drastisch.

Zusammen mit dem Vorstandsvorsitzenden der GAG Immobilien AG aus Köln Uwe Eichner diskutierte die Ministerin über Nachhaltigkeit beim Bau. Eingeladen zu dieser Veranstaltung am 9. März 2015 in Duisburg hatte der Managerkreis NRW der Friedrich-Ebert-Stiftung. Rund 150 Teilnehmer waren gekommen und stellten ihre Fragen an Hendricks und Eichner.

Bereits in ihrem Eröffnungsstatement machte die Ministerin deutlich, welche Bedeutung dem Wohnungsbau zukommt: „Durch mehr Bautätigkeit können wir die Mietkosten senken.“ Gerade in den deutschen Metropolen und Hochschulstädten, in denen die Nachfrage nach Wohnungen sehr hoch ist, würden die Preise immer weiter steigen. „In London, Paris und New York haben sich die Preise so entwickelt, dass sich beinahe keine Allein-

stehenden mehr eine eigene Wohnung mehr leisten können. Ich wünsche uns eine solche Entwicklung nicht, halte sie in unseren Ballungsräumen aber auch nicht für ausgeschlossen“, prognostizierte Hendricks.

Eichner, dessen GAG in Köln über 50.000 Wohnungen besitzt, machte darauf aufmerksam, dass der soziale Wohnungsbau in den Großstädten beinahe zum Erliegen gekommen ist – trotz hoher Nachfrage. „Dort, wo früher sozialer Wohnungsbau betrieben wurde, wie beispielsweise in Köln-Chorweiler, befinden sich heute soziale Brennpunkte“,

führte er aus. Es bedürfe neuer Konzepte, um durch Wohnungsbau und Stadtplanung eine gute Durchmischung aller Einkommenschichten in einer Stadt zu erhalten. Auch aus diesem Grund habe Barbara Hendricks das „Bündnis für bezahlbaren Wohnraum“ ins Leben gerufen. „Wir wollen die Rahmenbedingungen für Wohnungssuchende verbessern“, sagte sie. Doch damit dies gelinge, müsse auf den aktuellen Wandel in der Gesellschaft eingegangen werden. „Es ist nicht mehr garantiert, dass junge Leute ein Auto kaufen, wo der öffentliche Nahverkehr gut ausge-



baut ist“, machte sie deutlich. Darüber hinaus verändere sich die Situation von Arbeiten und Wohnen massiv. „Arbeit verursacht immer weniger Emissionen. Ich kann mir vorstellen, dass Arbeit und Wohnraum vielleicht wieder näher zusammenrücken“, sagte Hendricks. Auf alle diese Aspekte müsse beim Wohnungsbau eingegangen werden.

Doch unter nachhaltigem Bauen verstehe die Ministerin auch, bereits beim Bau auf mehr Energieeffizienz und Ressourcenschonung zu achten, um die Umwelt nicht über Gebühr zu belasten. Für Uwe Eichner ist das Bauen an sich bereits nachhaltig. „Oft wird für mehrere Generationen gebaut, was die Nachhaltigkeit an sich schon ausdrückt“, erklärte er. Um die Umwelt in Zukunft weiter schonen zu können,

brachte Eichner eine Art Abwrackprämie für alte Heizungen ins Spiel. Seiner Meinung nach sollte die Politik finanzielle Anreize schaffen, damit Hauseigentümer_innen alte Heizungen erneuern. „Aktuell haben wir eine Sanierungsrate von etwa 0,8 Prozent bei Wohnungen. Das ist viel zu wenig“, stellte die Ministerin fest.

Große Bedeutung kam im Rahmen der Diskussion auch dem Aspekt der Ressourcenschonung zu. So stellte Moderatorin Beate Kummer die Frage, wie der Wohnungs- und Hausbau durch den Einsatz von Rohstoffen und Dämmmaterialien nachhaltig werden könnte. „Eine Dämmung muss keineswegs mit Styropor erfolgen. Man kann auch Steinwolle verwenden, die ist aber natürlich etwas teurer“, sagte die

Ministerin. Eichner betonte in diesem Zusammenhang: „Wer baut, achtet auf die Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben, nutzt aber günstige Materialien – so auch Styropor, das deutlich günstiger ist als Steinwolle.“

Einigkeit herrschte darüber, dass beim Abriss von Gebäuden noch mehr recycelt werden müsste, um die Deponien zu entlasten. „Wir sind die erste Generation die merkt, dass sich das Klima verändert – und zwar von Menschen verursacht“, mahnte Hendricks und stellte das Bauen in den großen Zusammenhang der Erderwärmung. Gleichzeitig sei die aktuelle Generation die letzte, die die Folgen des Klimawandels noch beherrschen und beeinflussen könne und das auch durch nachhaltiges Bauen.

Europa und Sachsen-Anhalt

Um die „Bedeutung Europas für die Wirtschaft in Sachsen-Anhalt“ ging es am 18. Februar 2015 bei einem Hintergrundgespräch des Managerkreises in Magdeburg.

Der Europaabgeordnete von Sachsen-Anhalt Arne Lietz berichtete über seine ersten Erfahrungen als neu gewählter Abgeordneter im Europaparlament, seine Arbeitsgebiete und die Schwerpunkte europäischer Fördermittel in Sachsen-Anhalt. Die anschließende Diskussion, moderiert vom Sprecher des Managerkreises in Sachsen-Anhalt Helmut Herdt, rückte dann jedoch schnell aktuelle politische Themen in den Vordergrund.

Dazu zählten das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP zwischen der EU und den USA und die damit verbundenen Bedenken, dass wir leichtfertig unsere sozialen und umwelttechnischen Standards

aufgeben könnten sowie die Sorge um den Verlust von rechtstaatlichen und politischen Gestaltungsspielräumen durch die geplanten Investorenschutzabkommen ISDS. Gerade kleine und mittelständische Unternehmen haben hier starke Vorbehalte und sehen ihre Wettbewerbsfähigkeit gefährdet, da sich etwa kleinere Betriebe die teuren Anwaltskosten in Streitfällen weniger leisten können als große Unternehmen.

Ein weiterer Diskussionsschwerpunkt war die Energiewende und die damit verbundenen Chancen für einen europäischen Energiebinnenmarkt. Die Gesprächsteilnehmer_innen diskutierten die

Frage, was mit der Gasversorgung in Sachsen-Anhalt geschehen wird, wenn die aktuelle Ukraine Krise dazu führt, dass „Putin den Gashahn abdreht“. Hier konnte Helmut Herdt die Bedenken zerstreuen: Es gibt ausreichend Speicher, die die Gasversorgung für mehrere Monate gewährleisten können. Tagesaktuell sind die Probleme, die sich durch die Überlastung der Netze ergeben, wenn die vielen Wind- und Solarkraftwerke in Sachsen-Anhalt zu viel Strom produzieren. Der Ausbau eines europäischen Netzes, über das Schwankungen leicht ausgeglichen werden könnten, ist dringend notwendig.

Fakten und Sachlichkeit statt Streit um Chlorhühnchen

Durch das TTIP-Abkommen soll der größte Wirtschaftsraum der Welt entstehen, mit 800 Millionen Verbraucher_innen. Mit dem Wegfall von Zöllen und Handelshemmnissen sollen auf beiden Seiten des Atlantiks neue Jobs und mehr Wachstum entstehen. Die möglichen Auswirkungen des geplanten Abkommens werden in der Politik und Gesellschaft jedoch kontrovers diskutiert. Das Unbehagen gegen TTIP ist in kaum einem Land so groß wie in Deutschland.

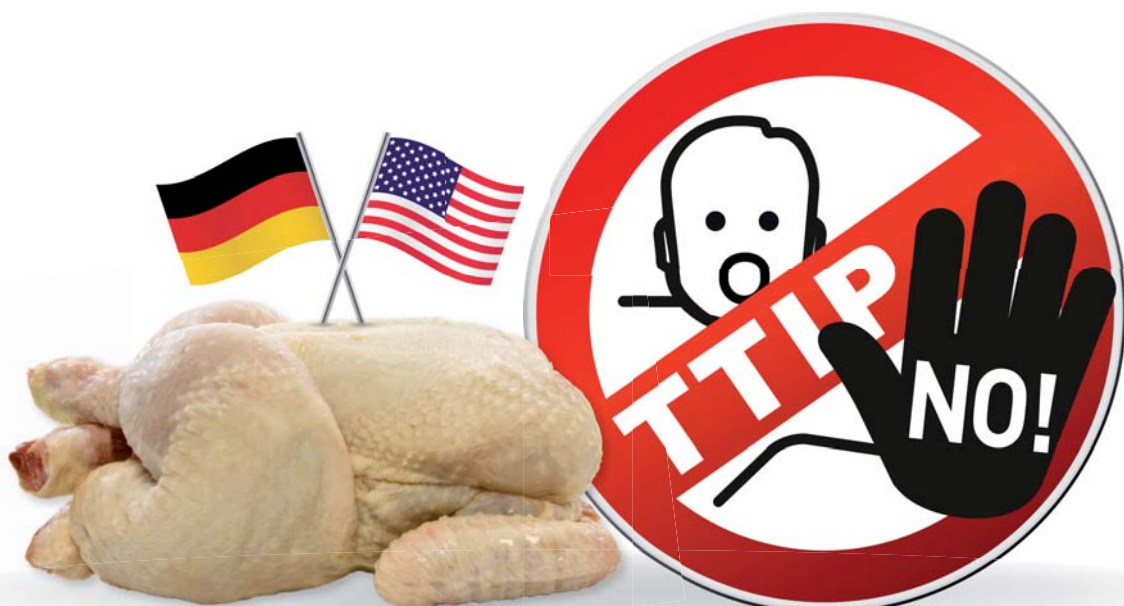
„Der Managerkreis setzt sich für eine Versachlichung politischer Debatten ein. Was also kann das transatlantische Freihandelsabkommen tatsächlich leisten, welche Versprechungen kann es halten?“ Mit diesen Fragen eröffnete der frisch wiedergewählte Vorsitzende des Managerkreises Rhein-Main Florian Gerster die Diskussion zum Freihandelsabkommen TTIP am 10. März 2015 im Gästehaus der Frankfurter Goethe-Universität. „Nach einem verpatzten Start und einer emotionalisierten Debatte befinden wir uns nun in

der zweiten Halbzeit der Verhandlungen“, ergänzte die Moderatorin des Abends Silke Hillesheim. „Orientieren wir uns an den Fakten und diskutieren wir gemeinsam mit unseren respektablen Gästen aus Wirtschaft, Verwaltung und Politik über das Für und Wider solcher Freihandelsabkommen.“

Mit dem Geschäftsführer der Amerikanischen Handelskammer in Deutschland AmCham Andreas Povel, dem Leiter der Unterabteilung für Handelspolitik, WTO, OECD und Amerika im Bundeswirtschaftsministerium Knut

Brünjes, sowie dem hessischen Landtagsabgeordneten und wirtschafts- und handelspolitischen Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Stephan Grüger hatte der Managerkreis drei versierte Experten geladen, um sich den kritischen Fragen der knapp 120 Gäste zu stellen.

Es sei auffallend und verwunderlich, so Andreas Povel, dass die deutlichste Kritik an TTIP gerade aus den Ländern Europas komme, die stark von einer exportorientierten Wirtschaft geprägt sind und derzeit eher zu den „Gewin-



nen“ der internationalen Wirtschaftsentwicklung zählen, namentlich Deutschland, Österreich und Luxemburg. Als Vertreter von US-Firmen, die ihre europäischen Investitionen vor allem in Deutschland tätigen, könne er sich zudem nicht erklären, warum die öffentliche Aufmerksamkeit gerade bei TTIP so hoch sei, während Freihandelsabkommen mit Mexiko oder Kanada medial eher am Rande diskutiert wurden.

Dies liege maßgeblich an dem verpatzen Verhandlungsauftritt und der nicht nachzuvollziehenden „Geheimniskrämerei“ des früheren europäischen Handelskommissars Karel De Gucht, erklärte der Abgeordnete Grüger. Intransparenz schaffe nur Misstrauen und damit mangelnde parlamentarische, nicht zuletzt öffentliche Akzeptanz, die sich nur schwer wieder abbauen lasse. Auch der in handels- und wirtschaftspolitischen Fragen erfahrene Knut Brünjes äußerte sein Unverständnis über solch handwerklich schlecht gemachtes Politikmanagement: „Bei den Verhandlungen handelt es sich bei über 80 Prozent um technische Regularien wie textile Beipackzettel und regionale Kennzeichnungen. Hier besteht überhaupt kein Grund, solche Verhandlungsbausteine zu Staatsgeheimnissen zu erklären.“ Dies unterstrich auch Andreas Povel: „Die für solche Verhandlungen nötige Vertraulichkeit rechtfertigt keine Intransparenz. Der Ansatz der neuen Europäischen Kommission sowie das Engagement verschiedener Europaabgeordneter zeigen, dass es auch anders gehen kann.“

Neben der anfänglichen Intransparenz sind es vor allem zwei Themen, die weiterhin kritisch gesehen werden, wie die Diskussion des Abends bestätigte: das vorgesehene Investitionsschutzabkommen, genauer gesagt das Schiedsverfahren, sowie der Schutz von Verbraucherstandards.

Die Rolle von Schiedsgerichten im Verhandlungstext sei derzeit noch of-

fen, so der BMWi-Vertreter Brünjes, und hänge von den Ergebnissen der EU-Konsultationen ab. Auch wenn der Wunsch nach einer „ordentlichen“ Gerichtsbarkeit nachvollziehbar sei, müsse man die Frage stellen, wie unabhängig nationale Gerichte bei Streitfällen zwischen zwei Staaten bzw. Staatenbündnissen entscheiden könnten, erst recht, wenn sie von so unterschiedlicher Rechtskultur geprägt seien. Gerade in solchen Fällen haben sich spezielle Streitschlichtungsverfahren, wie beispielsweise bei der Welthandelsorganisation WTO, bewährt. Mit seinen bisherigen Freihandelsabkommen habe Deutschland zumindest eher gute Erfahrung mit dem Investorenschutz gemacht. Dem stimmte auch der Abgeordnete Grüger zu, solange der Gesetzgeber auch weiterhin das Recht habe, Regulierungen anzupassen und neue Schutzstandards einzuführen. „The right to regulate now and in eternity“ sei zentrales Merkmal staatlicher und demokratischer Gewalt, die von Freihandelsabkommen berücksichtigt werden müssten.

Auch beim Verbraucherschutz verwiesen die eingeladenen Experten auf die unterschiedlichen Systeme auf beiden Seiten des Atlantiks. Diskussionen um Chlorhühnchen und Rohmilchkäse seien nicht hilfreich. Es gehe um die Frage der Vor- bzw. Nachsorge von Lebensmitteln und Produkten, der ex-ante und ex-post Regulierung von Standards und Verfahren zur Durchsetzung von Verbraucherschutz. Hier gebe es unterschiedliche Auffassungen, die in langen und sorgsamem Gesprächen diskutiert und abgestimmt werden müssten. Bei solch komplexen Verhandlungen wie bei TTIP handle es sich um „living agreements“, so Andreas Povel, die im laufenden Prozess angepasst werden müssen und zunächst einen Rahmenvertrag bilden, als Grundwerk für weitere Verhandlungen. Er wünsche sich zumindest,

dass sich die Verhandlungspartner bis Ende 2015 auf ein solches Rahmenwerk verständigten.

Die Folgen für ein Scheitern der Verhandlungen seien andernfalls schwer abzuschätzen. Erwartbar sei eine weitere Hinwendung der Vereinigten Staaten in den pazifischen Raum und eine Zunahme von bilateralen und konkurrierenden Handelsabkommen. Hier zeige sich das eigentliche Problem der internationalen Handlungspolitik, so Stephan Grüger: Die Dauerblockade in der Welthandelsorganisation. Hier müssten die eigentlichen Verhandlungen stattfinden, um geeignete Standards zum Wohle aller zu formulieren. Denn die zunehmende Anzahl bilateraler Abkommen sorge letztlich nur für ein „race to the bottom“, einem Wettbewerb um niedrige Standards, um sich so den Zugang zu den großen Wirtschaftsmärkten zu sichern. Mit TTIP kann Europa daher neue Handelsregeln formulieren und seine globale Verantwortung wahrnehmen.

Wie geht es aber nun weiter? Der Europäische Gerichtshof wird bei Vorlage des endgültigen Verhandlungstextes darüber entscheiden müssen, ob es sich um ein so genanntes gemischtes Abkommen handelt und damit über die Frage, ob auch nationale Parlamente darüber abstimmen müssen. Andernfalls wird das europäische Parlament letztentscheidlich darüber urteilen, ob das dann vorliegende Abkommen im Interesse Europas ist oder nicht - mit allen Konsequenzen, die sich aus Annahme oder Ablehnung ergeben. Doch: „Vertrauen wir unseren europäischen Abgeordneten“, so das abschließende Petitum Stephan Grügers. „Gerade bei TTIP hat das Europäische Parlament erneut gezeigt, dass es sich verantwortungsvoll für Transparenz und seine demokratische Kontrollfunktion einsetzt, um die Interessen der europäischen Bürgerinnen und Bürger zu schützen und zu fördern.“



Die Gesprächskanäle offenhalten

Um „Russland, die Wirtschaftssanktionen und ihre Implikationen für deutsche Unternehmen“ ging es am 25. November 2014 bei einem Hintergrundgespräch des Steering Komitees mit Gernot Erler, dem Koordinator der Bundesregierung für die zwischengesellschaftliche Zusammenarbeit mit Russland, Zentralasien und den Ländern der Östlichen Partnerschaft.

In dem vertraulichen Gespräch, ohne Medien und nach „Chatham House Rules“, erläuterte Erler, wie verfahren die derzeitige Lage im deutsch-russischen Verhältnis ist. Die alten sozialdemokratischen Ansätze eines „Wandels durch Annäherung“ bzw. der von Außenminister Frank-Walter Steinmeier in seiner ersten Amtszeit proklamierten „Modernisierungspartnerschaft“, scheinen gescheitert angesichts des autoritären Regimes vom russischen Präsidenten Putin, der völkerrechtlich verbindliche Abkommen und gegenseitige Vereinbarungen wie die OSZE-Schlussakte oder das Minsker Abkommen von 5. September 2014 über die selbstbestimmte Zukunft der Ukraine schlicht ignorieren, in geopolitischen Machtblöcken im Stile des Kalten Krieges denke und mit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim auch vor Änderungen europäischer Grenzen nicht zurückschrecken.

Dass bei anderen russischen Nachbarn, besonders im Baltikum und in

Polen angesichts dieses Gebarens alte Ängste vor einem imperialen Russland wieder hochkommen, unsere NATO-Partner auf Unterstützung durch die Allianz pochen und damit zum ersten Mal seit dem Fall des Eisernen Vorhangs wieder die Angst vor einem militärischen Konflikt aufkeimt, unterstreicht die Brisanz der aktuellen Situation. Und gerade darum ist es unverzichtbar, dass die deutsche und gerade die sozialdemokratische Politik sich bemühen muss, wo irgend möglich, die Gesprächskanäle offenzuhalten und die Priorität einer diplomatischen Lösung zu betonen. Für Gernot Erler, der den politischen Dialog führen will, war es eine zutiefst deprimierende Erfahrung, als bei seinem letzten Besuch in Moskau kein einziger Parlamentarier der russischen Duma bereit war, mit ihm zu reden!

Angesprochen auf die Sanktionen der EU gegen Russland bejahte Erler zwar deren grundsätzliche Notwendigkeit um der gemeinsamen EU-Position Nachdruck zu verleihen, betonte

aber, dass Deutschland und auch viele EU-Partner bereit seien, die Sanktionen sofort wieder aufzuheben, wenn Russland einigen Grundforderungen der EU nachkomme. Für die deutsche, vor allem aber für die russische Wirtschaft seien die Sanktionen natürlich ein harter Rückschlag und würden lange Jahre Aufbauarbeit und Investitionen zunichtemachen.

In der sehr lebhaften und offenen Debatte wurden zwar vergangene Fehler beim Umgang mit Russland und, aus der Sicht einiger Teilnehmenden, durchaus Verständnis für Reaktionsweisen konstatiert. Wie man aber Präsident Putin zum Einlenken bewegen könnte, der mit seinen patriotischen, ja nationalistischen Untertönen zunehmend mehr unter dem Einfluss antiwestlicher, eurasischer Denkschulen zu stehen scheint und sicher auch durch die Kontrolle über die Medien verstärkt, eine breite Unterstützung bei der Bevölkerung genießt – dazu herrschte letztlich beklemmende Ratlosigkeit bei allen Teilnehmenden.

Publikationen des Managerkreises



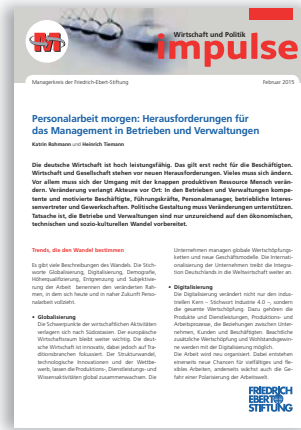
Managerkreis Impulse Nicht Big sondern Smart Data ist entscheidend!

Mit dem Begriff „Big Data“ wird vor allem die massenhafte Sammlung von Daten und Überwachung der Privatsphäre in Verbindung gebracht. Das Sammeln von Informationen zur genaueren Auswertung und Prognose bestimmter Ereignisse ist jedoch keine neuartige Entwicklung. Neu ist lediglich die technische Machbarkeit, mit der riesige Datenmengen in Echtzeit ausgewertet werden können. Dies bietet gerade für Unternehmen Chancen für Effizienzsteigerungen und neue Geschäftsmodelle. Die sinnvolle Auswertung der Daten ist allerdings entscheidend. Die Datenerhebung selbst ist nicht das Problem, es ist die Intransparenz, wer, wo und zu welchem Zweck welche Daten erhebt.

Nicht Big sondern Smart Data ist entscheidend! / **Yannick Haan** und **Patrick Rüther**, Friedrich-Ebert-Stiftung, 2015.

ISBN: 978-3-95861-097-2

 <http://library.fes.de/pdf-files/managerkreis/11238.pdf>



Managerkreis Impulse Personalarbeit morgen: Herausforderungen für das Management in Betrieben und Verwaltungen

Digitalisierung, Industrie 4.0, demografischer Wandel und andere tiefgreifende Veränderungen stellen Wirtschaft und Gesellschaft vor neue Herausforderungen. Bisher sind Betriebe und Verwaltungen jedoch nur unzureichend auf den ökonomischen, technischen und sozio-kulturellen Wandel vorbereitet. Insbesondere muss sich der Umgang mit der knappen produktiven Ressource Mensch verändern. Gefordert sind die Akteure vor Ort: kompetente und motivierte Beschäftigte, Führungskräfte, Personalmanager_innen, betriebliche Interessenvertretungen und Gewerkschaften. Politische Gestaltung muss hier unterstützen.

Personalarbeit morgen: Herausforderungen für das Management in Betrieben und Verwaltungen / **Katrin Rohmann** und **Heinrich Tiemann**, Friedrich-Ebert-Stiftung, 2015.

ISBN: 978-3-95861-079-8

 <http://library.fes.de/pdf-files/managerkreis/11180.pdf>

Sie sind im Management oder als Unternehmer tätig und politisch interessiert?

Der Managerkreis bietet Ihnen in acht Regionalgruppen und bei überregionalen Veranstaltungen die Möglichkeit, sich mit gleichgesinnten Manager_innen und Unternehmer_innen auszutauschen.

Der Managerkreis besteht seit 1991 und umfasst mittlerweile über 1.200 Mitglieder. Sein Ziel ist es, eine Brücke zwischen Wirtschaft und Politik zu schlagen, und ein Netzwerk zu knüpfen.

Wir laden Sie herzlich ein, Mitglied im Managerkreis zu werden.

Hier finden Sie weiterführende Informationen:

www.managerkreis.de
Kontakt Mitgliederservice
Dagmar Merk
Tel. 030-269357053
managerkreis@fes.de

Unser virtuelles Mitglieder-Netzwerk:
https://www.xing.com/net/managerkreis/

Weitere Managerkreis-Publikationen finden Sie hier:
www.managerkreis.de/mediathek

Literaturhinweise

Das Abkommen zur Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft TTIP wird kontrovers in der Öffentlichkeit diskutiert. Auch die Abteilung Wirtschaft und Soziales der Friedrich-Ebert-Stiftung hat sich mit der Debatte auseinandergesetzt. Lesen Sie mehr dazu in diesen aktuellen Publikationen zum Thema:



Neue Gesellschaft/ Frankfurter Hefte. Heft 3/2105 digital leben

Krieg an Europas Grenze (Ukraine) und existenzielle Konflikte innerhalb der EU (Griechenland); dazu nun vielerorts der Terror selbst ernannter „Gotteskrieger“. Beginnt eine neue Ära erhöhter Unsicherheit und wachsender Ängste auf dem alten Kontinent? Die großen Krisen überdecken mit ihrer spektakulären Gewalt die stilleren, in Wahrheit aber fundamentalen Entwicklungen, die unsere Arbeits- und Lebensbedingungen sowie die Voraussetzungen unserer Freiheit und Sicherheit von Grund auf umwälzen: die der digitalen Revolution. Wir diskutieren zentrale Herausforderungen der digitalen Gesellschaft...

<http://www.frankfurter-hefte.de/Aktuelle-Ausgabe/>



WISO Diskurs Sozialkapital zwischen Stabilität und Wandel: zum Einfluss von Wirtschaftskrisen und Konjunkturpolitik auf politisches und soziales Vertrauen

Felix Hörisch und Peter Obert. – Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik, 2015. – 4 S. = 190 KB, PDF-File. – (Wiso direkt) Electronic ed.: Bonn : FES, 2015

ISBN 978-3-95861-082-8

Soziales Kapital, das soziale Vertrauen in Mitmenschen, freiwillige Teilhabe an politischen und gesellschaftlichen Prozessen sowie politisches Vertrauen in die gemeinschaftlichen Institutionen umfasst, ist einer der wesentlichen Stützpfiler funktionierender Demokratien. Sozio-ökonomische Forschung zu den Voraussetzungen umfassenden sozialen Kapitals zeigt, dass sich eine

positive wirtschaftliche Entwicklung und ein hohes Niveau an Sozialkapital wechselseitig bedingen und verstärken. Was aber, wenn die wirtschaftliche Basis für diese Symbiose wegbricht, wie zurzeit in vielen Staaten Südeuropas? Neuere Forschung zeigt, dass eine expansive Konjunkturpolitik dabei helfen kann, Sozialkapital auch in Wirtschaftskrise aufrechtzuerhalten.

<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/11193.pdf>

Terminvorschau 2015

Diese Aufstellung enthält Veranstaltungen, deren Termine bereits feststehen. Zu jeder Veranstaltung werden rechtzeitig persönliche Einladungen per E-Mail versandt. Zu den Hintergrundgesprächen werden nur Mitglieder des Managerkreises eingeladen.

Managerkreis Bayern

Industrie 4.0 – Quo vadis?

Diskussion mit **Werner Widuckel**, Universität Erlangen-Nürnberg, **Daniel Méndez Fernández**, TU München Software and Systems Engineering; Moderation: **Christoph Moosbauer**

24.03.2015
München

Managerkreis Niedersachsen-Bremen

Mitgliederversammlung mit Vorstandswahl

Wirtschaft und Wissenschaft – Innovation durch Kooperation

Veranstaltung mit **Stephan Weil**, Ministerpräsident Niedersachsen, **Ulrike Beisiegel**, Präsidentin der Georg-August-Universität Göttingen, **Volker Müller**, Hauptgeschäftsführer Unternehmerverbände Niedersachsen e.V.

24.03.2015
Hannover

Managerkreis Berlin-Brandenburg

Mit Bus und Bahn smart durch die City und über Land – der VBB und seine Leistungen

Jour fixe mit **Susanne Henckel**, Geschäftsführerin der Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH (VBB), zu Gast beim VBB

25.03.2015
Berlin

Managerkreis Baden-Württemberg

Ist share auch fair economy? – Digitalwirtschaft zwischen Innovation und Ausbeutung

Veranstaltung mit **Katrin Altpeter MdL**, Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg; **Slawa Kister**, Co-Founder und CEO myCleaner; **Michael Schwemmler**, Geschäftsführer Input Consulting, Autor „Digitale Arbeit in Deutschland“; **Kathleen Ziemann**, betterplacelab; Moderation: **Ulrike Schnellbach**, Journalistin

25.03.2015
Stuttgart

Managerkreis Mitteldeutschland

Neuer Wirtschaftsminister – neue Wirtschaftspolitik: Perspektiven für die Wirtschaft in Thüringen

Hintergrundgespräch mit **Wolfgang Tiefensee**, Minister für Wirtschaft, Wissenschaft und digitale Gesellschaft des Freistaates Thüringen

30.03.2015
Erfurt

Managerkreis 3Rj Vc

Stärkung der Start-Up-Kultur in Bayern

Hintergrundgespräch mit **Christian Flisek MdB** und **Andreas Lotte MdL**

11.05.2015
München

Managerkreis Berlin-Brandenburg

Mittelstand in Mitte – Rückverlagerung von Produktion und Fertigung in die City Jour Fixe

mit **Alexander Gerstung**, Geschäftsführer und Ralph Anderl, Geschäftsführer und Gründer von ic! berlinbrillen GmbH

11.06.2015
Berlin

Managerkreis Baden-Württemberg

Problem Unternehmensnachfolge?

Fachgespräch mit **Peter Hofelich MdL** u.a

15.06.2015
Stuttgart

Weitere Termine 2015 sind in Vorbereitung, Stand: März 2015

Impressum

V.i.S.d.P. Marc Meinardus

Koordination & Schlussredaktion: Dagmar Merk

Design: Werbestudio Zum weissen Roessl

Redaktion: Simone Varias

Fotos: Friedrich-Ebert-Stiftung, Marc Bollhorst, Gerhard P. Müller / Rawpixel, guukaa, sldesign1, creative studio, MarcoGusella.it, Oleksiy Mark, kasto, Coloures-pic, ras-slava, drubig-photo – fotolia.com

Friedrich-Ebert-Stiftung

Managerkreis

Hiroshimastr. 17, 10785 Berlin

Fon 0 30 / 2 69 35 70 53

Fax 0 30 / 2 69 35 92 36

E-Mail: managerkreis@fes.de

www.managerkreis.de